



## Lebenswerte Kommunen

# Kommunale Unternehmen bilden die Säulen der Daseinsvorsorge

### Die Bedeutung kommunaler Unternehmen

Kommunale Unternehmen tragen maßgeblich dazu bei, Sachsen lebenswert zu gestalten. Sie setzen sich für gleichwertige Lebensverhältnisse ein, für den Schutz unserer Gesundheit, für sozialen Zusammenhalt und Teilhabe. **Entscheidend sind ihre öffentliche Eigentümerschaft, ihre regionale Verankerung sowie ihre Ausrichtung am Gemeinwohl und nicht an der kurzfristigen Rendite.**

Kommunale Unternehmen sind demokratisch legitimiert und berücksichtigen die Interessen der Menschen vor Ort und der kommunalen Gesellschafter. Sie engagieren sich vielfältig, schaffen direkte und indirekte Beschäftigung und generieren Steuern und Einnahmen in und für ihre Region.

Kommunale Unternehmen bilden mit ihren Infrastrukturen und Dienstleistungen das Fundament für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Sie stellen sich dem Wettbewerb und arbeiten zuverlässig, effizient und innovativ für das Wohl ihrer Kunden: den über 80 Millionen Menschen in Deutschland – ungeachtet von Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, sexueller Orientierung, Grad der Behinderung, politischen und religiösen Überzeugungen, Alter oder Einkommen.



# Kommunale Unternehmen machen es sich zur Aufgabe, die Leistungen der Daseinsvorsorge sicher und bezahlbar bereitzustellen, immer und überall.

Kommunale Unternehmen machen es sich zur Aufgabe, ihre Leistungen der Daseinsvorsorge sicher und bezahlbar bereitzustellen, immer und überall. Sie sehen sich mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert – seien es der Klimawandel, die Digitalisierung oder der demografische Wandel. Damit sie auch in Zukunft Daseinsvorsorge wirtschaftlich, sicher und nachhaltig erbringen und in Krisenzeiten Stabilität geben können, brauchen sie verlässliche und langfristig gesicherte Rahmenbedingungen: nämlich Planungssicherheit und Vertrauensschutz für ihre kapitalintensiven Investitionen zur Umsetzung der Energie- und Klimawende.

## Das erwarten wir in der kommenden Legislaturperiode:

- Die kommunalen Unternehmen brauchen verlässliche und stabile Rahmenbedingungen, denn ohne Planungssicherheit und Vertrauensschutz sind die Investitionen in die Daseinsvorsorge gefährdet.
- Ordnungspolitisch ist zu gewährleisten, dass in Wettbewerbsbereichen tätige kommunale Unternehmen nicht benachteiligt werden.
- Bürokratische Lasten sind abzusenken, damit sich die Beschäftigten in den kommunalen Unternehmen auf die Erbringung der Daseinsvorsorge-Leistungen konzentrieren können.
- Der steuerliche Querverbund zur Finanzierung dauerdefizitärer Leistungen (ÖPNV, Bäder etc.) ist zu erhalten und weiterentwickeln.

## Schnelles Internet ist Teil der Daseinsvorsorge

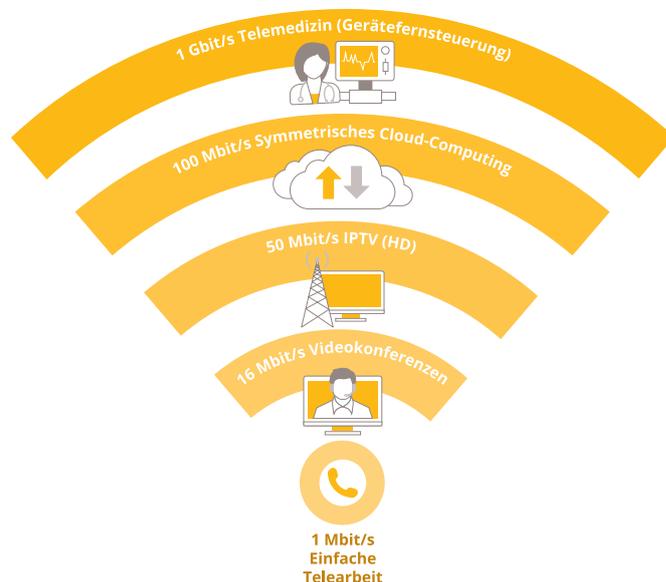
Glasfaser für schnelles Internet oder IoT-Funktechnologie für die Smart City oder spezielle Sensorik für Parkplätze, Abfallerimer und Kanäle: Überall in Sachsen bauen kommunale Unternehmen leistungsstarke, digitale Infrastrukturen aus. Ihr Ziel ist ein stabiles digitales Fundament für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort und für lebenswerte Städte und Regionen zu errichten, die den digitalen Wandel für ihre Bürgerinnen und Bürger gestalten. **Kommunale Unternehmen wirken als Treiber der Digitalisierung vor Ort und ihr gemeinwohlorientierter Ansatz verpflichtet sie zum Angebot auch weniger profitabler bzw. defizitärer Leistungen.**

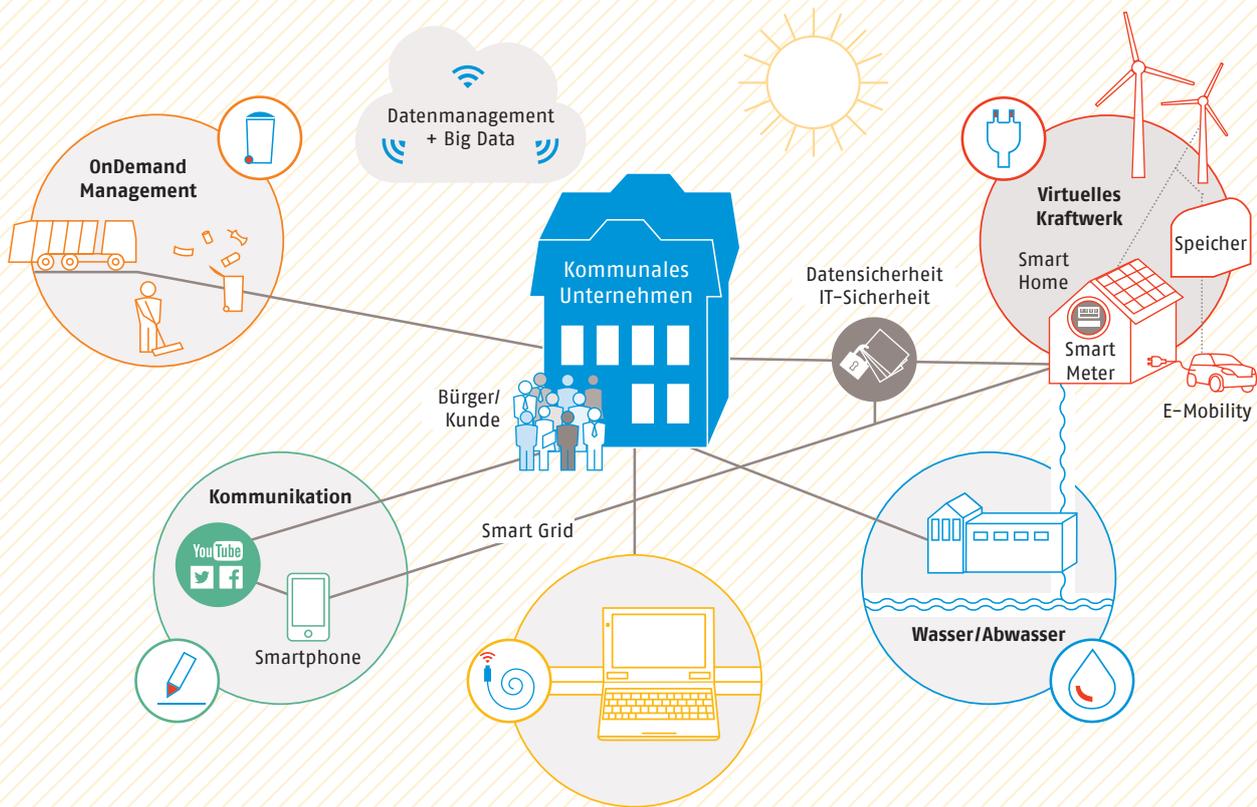
Der Ausbau mit schnellem Glasfaserinternet muss ganz Sachsen erschließen, um gerade ländliche Räume attraktiver zu machen und um städtische Ballungsgebiete zu entlasten. Allerdings stehen hierbei viele kommunale Unternehmen vor dem bundesweiten Problem des strategischen Überbaus ihrer Glasfasernetze. Der Überbau hemmt die Bereitschaft, zu investieren, und gefährdet das Ziel, bis 2030 in Deutschland flächendeckend Glasfaser auszubauen. Die kommunalen

Unternehmen bekennen sich zum eigenwirtschaftlichen Ausbau und dass dem eigenwirtschaftlichen Ausbau der Vorrang eingeräumt wird. Dennoch bleibt Förderung unentbehrlich, insbesondere im ländlichen Raum. Ferner wird eine flächendeckende 5G-Abdeckung in Sachsen gebraucht – hierfür stehen die kommunalen Unternehmen als Partner bereit: Sie halten Standorte für Antennen bereit und bieten deren Anschluss an das Glasfasernetz samt Stromversorgung an, denn Glasfaser ist Voraussetzung für 5G.

## Das erwarten wir in der kommenden Legislaturperiode:

- Genehmigungs- und Förderverfahren für den Glasfaserausbau müssen beschleunigt und Dokumentationspflichten verschlankt werden.
- Strategischer Überbau von Netzen ist zu verhindern, denn dieser entwertet die bereits verlegte bzw. geplante Infrastruktur und verschwendet knappe Ressourcen.
- Die Staatsregierung soll sich zum Grundsatz des Open Access bekennen und – soweit möglich – den Wettbewerb auf dem Netz statt zwischen Netzen befördern.
- Kommunale Eigentümerstrukturen bei Breitbandnetzen dürfen keine Nachteile im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft nach sich ziehen.
- Die Staatsregierung soll die kommunalen Unternehmen in den 5G-Ausbau aktiv einbinden.





© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

## Daseinsvorsorge braucht Fachkräfte

Die Tätigkeiten in kommunalen Unternehmen sind äußerst vielfältig, da sie in unterschiedlichen Sparten der Ver- und Entsorgung tätig sind – in den Bereichen Abfall- und Kreislaufwirtschaft, Energiewirtschaft, Wasser/Abwasser und Telekommunikation. Dabei stehen die Gemeinschaft und das Gemeinwohl im Vordergrund, denn das alles gehört zum Auftrag der Daseinsvorsorge. Für die Beschäftigten ist die Arbeit mit einem greifbaren Mehrwert für die Gesellschaft verbunden und wirkt überaus sinnstiftend. Ohne kommunale Unternehmen würde zuhause keine Glühbirne leuchten, käme das Wasser nicht aus dem Hahn oder wäre nicht genießbar, das Abwasser würde nicht entsorgt, die Abfalltonnen würden überquellen und Fußgängerzonen wären weniger sauber.

**Kommunale Arbeitgeber bieten sichere Arbeitsplätze, die unabhängig von der Konjunktur sind und nach Tarifvertrag vergütet werden.** Vor Ort geben ihre Mitarbeiter öffentlichen Leistungen ein Gesicht und einen Wert. Flexible und geregelte Arbeitszeiten erleichtern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In Anbetracht einer alternden Gesellschaft, einer zunehmenden Akademisierung bei den Jüngeren sowie durch die Konkurrenz mit anderen staatlichen und privaten Arbeitgebern machen sich der Fach- und Arbeitskräftemangel zunehmend bemerkbar.

### Das erwarten wir in der kommenden Legislaturperiode:

- Die Staatsregierung soll Initiative ergreifen, um Ausbildungsberufe gesellschaftlich wieder aufzuwerten.
- Die Staatsregierung soll eine Fachkräftestrategie entwickeln.
- Die Staatsregierung soll sich dafür einsetzen, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt, u. a. durch die schnellere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, einfacher wird.

## Kommunale Unternehmen ermöglichen die Verkehrswende

Als Infrastrukturanbieter und -dienstleister errichten und betreiben kommunale Unternehmen einen großen Teil der öffentlich und öffentlich zugänglichen Normal- und Schnellladesäulen sowie deutschlandweit über 900 Erdgastankstellen. Sie stellen Netzanschlüsse in den Straßen und bis in die Parkhäuser hinein zur Verfügung. Die Steuerung der Stromnetze ist eine wachsende Aufgabe, in welche die Elektromobilität mit ihrer hohen Anzahl von meist ruhenden Speichern einzubeziehen ist. Fahrzeugbatterien über bidirektionales Laden und Entladen dem Energiesystem zugänglich zu machen, ist eine wichtige Zukunftsaufgabe.

Die kommunalen Unternehmen sind jeden Tag mit einem großen Fuhrpark unterwegs, um verlässlich Ver- und Entsorgung für die Menschen und die Wirtschaft vor Ort zu gewährleisten. Umso wichtiger ist, dass sie klimaschonend und sicher fahren. **Neben Elektromobilität ist die Einbeziehung anderer Technologien ebenfalls notwendig: Große Potentiale liegen in der Wasserstoffnutzung, insbesondere für den ÖPNV und die schweren Fahrzeugflotten kommunaler Ver- und Entsorger.** Kommunale Unternehmen integrieren Elektro-, Wasserstoff- und Erdgasfahrzeuge in ihre Fuhrparks und erzielen dadurch erhebliche CO<sub>2</sub>-Einsparungen. Damit sie die Verkehrswende weiter voranbringen können, brauchen sie verlässliche und stabile Rahmenbedingungen für ihre langfristig angelegten Investitionen.

### Das erwarten wir in der kommenden Legislaturperiode:

- Die Förderung öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur sollte sich vorrangig auf bisher noch unterdeckte Regionen konzentrieren.
- Die Staatsregierung soll durch Förderprogramme kommunale Unternehmen bei der Beschaffung klimafreundlicher Fahrzeuge bzw. bei



Investitionen in die Um- und Nachrüstung zugunsten klimafreundlicherer Antriebe unterstützen.

- Förderprogramme müssen den notwendigen und oftmals sehr kostenintensiven Aufbau von Lade- und Tankinfrastruktur für alternativ-angetriebene und schwere Nutzfahrzeuge, wie Abfallsammelfahrzeuge, berücksichtigen.

## Die Verkehrswende braucht finanzielle Unterstützung durch den Bund und die Länder

Basis einer langfristig nachhaltigen Daseinsvorsorge und einer guten Positionierung im Standortwettbewerb sind Städte und Gemeinden, die über moderne, dem Stand der Technik entsprechende und im kommunalen Eigentum befindliche Infrastrukturen verfügen. Dabei stammen die Deckungsbeiträge zur Finanzierung des ÖPNV bislang vor allem aus Erträgen der kommunalen Energieversorgungsunternehmen. In Zukunft wird allerdings diese Finanzierungsquelle immer weniger zur Verfügung stehen, denn der Transformationsprozess im Energiesektor bedarf erheblicher finanzieller Mittel, um das politisch gesetzte Ziel der Klimaneutralität bis 2045 erreichen zu können. **Positive Wirtschaftsergebnisse der kommunalen Energieversorgungsunternehmen dürfen zukünftig weniger zur Ausschüttung gelangen, um diese reinvestieren bzw. um die Eigenkapitalbasis für erhebliche Investitionsanstrengungen stärken zu können.**

Zur Bewältigung der ebenfalls politisch eingeleiteten Verkehrswende bedarf es daher in Zukunft deutlich mehr finanzieller

Unterstützung durch den Bund und die Länder, denn die bisherigen Überschüsse aus der Energieversorgung werden weniger bzw. mittelfristig nicht mehr verfügbar sein. Hinzukommt die deutliche Begrenzung der Einnahmepotentiale, vor allem aus dem Deutschlandticket, verbunden mit den deutlich gestiegenen Aufwendungen für Personal, Energie und Fremdleistungen, was eine zur Zielerreichung notwendige Angebotserweiterung im ÖPNV gegenwärtig verhindert.

### Das erwarten wir in der kommenden Legislaturperiode:

- Die Staatsregierung soll den ÖPNV in Sachsen stärker finanziell fördern und sich beim Bund für mehr finanzielle Mittel einsetzen, um die Ziele der Verkehrswende erreichen zu können.

**Daseinsvorsorge in Sachsen**  
Unsere Positionen  
zur Landtagswahl 2024:  
[ltw2024.vku-sachsen.de](http://ltw2024.vku-sachsen.de)



Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU)  
Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU)  
Landesgruppe Sachsen | Glacisstraße 3 | 01099 Dresden  
Fon: +49 351 8192 192 | E-Mail: [graessler@vku.de](mailto:graessler@vku.de)  
[www.vku.de/verband/struktur/vku-in-den-laendern/sachsen/](http://www.vku.de/verband/struktur/vku-in-den-laendern/sachsen/)

Gestaltung und Realisation: VKU Verlag GmbH | Corporate Media  
Bildnachweis: Simon Dannhauer/stock.adobe.com (S. 1),  
Summit Art Creations/stock.adobe.com (S. 4)